

Für ein Palästina ohne Zäune

Die gegenwärtige Krise in Israel/Palästina zeigt, dass sowohl das Abkommen von Oslo, das auf eine Apartheidlösung hinauslief, als auch die zionistische Vision einer exklusiv jüdischen Heimstätte in einem von den Westmächten unterstützten Staat im Nahen Osten gescheitert sind. Im folgenden Beitrag umreißen wir einige Grundüberlegungen zum Thema.

Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Diskriminierung haben sich stets als wirkungsvolle Waffe gegen fortschrittliche Gesellschaftsentwürfe erwiesen. Ein grausamer Höhepunkt an Barbarei war im 20. Jahrhundert der Faschismus mit der Verfolgung und systematischen Ermordung von Menschen jüdischer Herkunft und sogenannt «unwertem Leben». Mit der gleichzeitigen Liquidierung der politischen Opposition zerstörte die faschistische Gewaltherrschaft auch nachhaltig alternative Visionen einer solidarischen, internationalistischen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Krieg.

Es gab und gibt unterschiedliche Antworten auf Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung. Eine in ihrer Konsequenz reaktionäre und gescheiterte Antwort auf den in Europa dominanten Antisemitismus gab die zionistische Bewegung. Sie lehnte sich dabei an die Vorstellungen des bürgerlichen Nationalismus und die koloniale Interessenpolitik an, erhielt aber erst durch die Erfahrung mit der nationalsozialistischen Barbarei breite Unterstützung in der jüdischen Bevölkerung, die dem Zionismus bis dorthin mehrheitlich ablehnend oder indifferent gegenüberstand.

Die verheerenden Folgen der Errichtung eines ethnisch-religiösen Nationalstaates in Israel/Palästina auf dem Rücken der einheimischen Bevölkerung treten nicht erst mit der gegenwärtigen Militäroffensive zutage. Sie äussern sich in der seit über einem halben Jahrhundert andauernden schrittweisen Zerstörung der palästinensischen Gesellschaft, der systematischen Vertreibung und Diskriminierung der PalästinenserInnen und der Verdrängung oder Auslöschung ihrer Geschichte. Jede Nationenbildung, die auf der expliziten Bevorzugung einer Religion oder Bevölkerungsgruppe beruht, führt zwangsläufig zu Ausgrenzung und Unterdrückung anderer Bevölkerungsgruppen. Angesichts der von allen israelischen Regierungen bisher verfolgten



Für ein Palästina ohne Apartheid 1 - 4

Infos im Netz 4

Free Mumia Abu Jamal 5

Ladenöffnungszeiten 7

Ankündigungen 8

Kürzer und öfter

Nach einer längeren Pause haben wir Gestaltung und Konzept unseres Bulletins überarbeitet und erneuert. Das Bulletin soll öfters erscheinen und damit unsere Positionen und Aktivitäten zu aktuellen politischen Ereignissen besser vermitteln. Gleichzeitig starten wir demnächst unsere Webseite (www.soal.ch), die regelmässig aktualisiert werden soll. Damit möchten wir zum einen schneller auf Aktualitäten reagieren, zum anderen ausführlichere Dossiers erstellen, als das in unseren Bulletins möglich war, und Hintergrundinformationen, Analysen und Stellungnahmen dokumentieren. Wenn die USA in Afghanistan ihre Statthalter auswechseln, sich in Argentinien der Volksaufstand überschlägt oder der palästinensische Widerstand mit Panzern niedergewalzt wird, dann kann man zukünftig Informationen, die in den bürgerlichen Medien nicht zu finden sind, linke Analysen, Stellungnahmen und nützliche Links auf unserer Webseite finden. Die Webseite wird ab Mitte Mai im Netz sein.

Politik der «geschaffenen Tatsachen» drängt sich insbesondere seit dem Oslo-Abkommen der Vergleich mit dem südafrikanischen Apartheidsregime auf. Die uneingeschränkte Unterstützung der israelischen Politik durch die imperialistischen Länder, die auf einer Mischung aus deklariertem Eigeninteresse an der Region und historischem Schuldbewusstsein gegenüber der jüdischen Bevölkerung beruht, gibt heute der israelischen Regierung freie Hand, jeden Ansatz von Selbstverwaltung und Widerstand gegen die Besatzung und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung blutig zu unterdrücken.

Existenzrecht für alle

Als erster, unmittelbarer Schritt zum Schutz der palästinensischen Bevölkerung ist der sofortige, bedingungslose Rückzug der israelischen Armee aus den 1967 besetzten Gebieten notwendig. Diese Teillösung muss sich deutlich von Oslo unterscheiden. Isolierte «autonome» Städte, Umfahrungsstrassen und Siedlungspolitik dürfen von der internationalen Gemeinschaft nicht mehr als «Friedenlösung» verkauft und akzeptiert werden. Der viel zitierte gerechte Frieden setzt voraus, dass alle Menschen unabhängig von ih-

rer Religion, Herkunft und nationalen Identität gleichberechtigt und sicher vor Diskriminierung in Israel/Palästina leben können. Die Errichtung eines palästinensischen «Staates» in den 1967 besetzten Gebieten (Westjordanland und Gaza-Streifen) ist noch keine Lösung. Nicht der Verlauf zukünftiger Grenzen wird entscheidend sein, sondern ob diese durchlässig sind. Unter den heutigen Bedingungen vollständiger israelischer Kontrolle über Wirtschaft, Aussenbeziehungen, Ressourcen etc. käme der palästinensische Staat jedenfalls einem Bantustan gleich. Umgekehrt ist die Diskussion über Quoten oder andere Bedingungen, an die das völkerrechtlich verankerte Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge geknüpft werden soll, rassistisch und abzulehnen.

Falken und Tauben

Für die Verwirklichung einer friedlichen, also gerechten Gesellschaft in dieser Region gibt es in Israel, das von einem breiten zionistischen Konsens geprägt ist, nur wenige AnsprechpartnerInnen. Sharon, der Kriegsverbrecher von Sabra und Shatila, träumt mit seinen rechten Regierungspartnern von einem «Grossisrael». Auch die 1967 besetzten Gebiete sollen einverleibt und die palästinensische Bevölkerung selbst aus diesen verbleibenden Gebieten vertrieben werden. Aber auch die Regierungen unter Führung der Arbeitspartei haben diese Politik unterstützt, indem sie den Siedlungsbau in den besetzten Gebieten vorantreiben, Hunderten von palästinensischen BürgerInnen Jerusalems die Aufenthaltsbewilligung entziehen, Tausende von Olivenkulturen ausreissen und Häuser zerstören liessen. Heute sitzt die zur Sozialistischen Internationale gehörende Arbeitspartei in der Regierung der nationalen Einheit und unterstützt das militärische Vorgehen Sharons, spricht sich andererseits aber für eine Zweistaatenlösung aus, die die Apartheid besiegeln soll. Während also die «Tauben» Massnahmen zur praktischen Aushöhlung des Rückkehrrechts der PalästinenserInnen diskutieren, um ihr zionistisches Ideal zu retten, lehnen die rechten «Falken» dieses rundweg ab, und Exponenten der extremen Rechten propagieren sogar den Transfer, also die Vertreibung der palästinensischen StaatsbürgerInnen Israels. Die vom israelischen Sicherheitskabinett einstimmig beschlossene Pufferzone rund um das Westjordanland, mit deren Bau bereits begonnen wurde, symbolisiert jedenfalls die vom gesamten zionistischen Establishments einschliesslich breiter Teile der Friedensbewegung getragene Idee einer segregierten Gesellschaft.

Im folgenden Interview setzt Tikva Honig Parnass ihre Hoffnungen vor allem auf die palästinensischen BürgerInnen Israels, die mit ihren Mobilisierungen die rassistische Staatsdoktrin direkt in Frage stellen. Damit eröffnet sich die Perspektive, gemeinsam mit radikalen jüdischen Kräften gegen Unterdrückung, Ausbeutung, Vertreibung und Krieg zu kämpfen und der Vision einer gleichberechtigten Gesellschaft für alle in Israel/Palästina näherzukommen.

Zwischen Apartheid und Transfer

Tikva Honig Parnass zeigt im folgenden Interview die Hintergründe der aktuellen Militärintervention auf und analysiert die Möglichkeiten für ein Israel/Palästina ohne Apartheid. Die Autorin lebt in Jerusalem.



Was ist das Ziel der gegenwärtigen Militäroffensive gegen die PalästinenserInnen?

Die brutale aktuelle Militäroffensive der israelischen Armee gegen die PalästinenserInnen mit dem Namen «Operation Schutzwall» – ein typisches Beispiel Orwell'scher Doppelzüngigkeit – markiert den Beginn einer neuen Phase in einem langen Prozess, der auf die Zerschlagung der palästinensischen Nationalbewegung abzielt, die von den Intifada-KämpferInnen verkörpert wird. Langfristig soll die «Existenz der palästinensischen Bevölkerung im Land Palästina ausgelöscht werden» (Haidar Abdel Shafi, Interview in der israelischen Tageszeitung Ha'aretz vom 2. April). Das strategische Ziel des jüdisch-zionistischen Staates stimmt mit den US-imperialistischen Interessen überein, jede unabhängige nationalistische Regierung oder politische Bewegung im Nahen Osten (und ganz allgemein in der Dritten Welt) auszuschalten, die sich als Hindernis für die kapitalistische Einbindung der Region erweisen könnten.

Die vor zwei Wochen begonnene israelische Militäroperation signalisiert jedoch auch das Ende der bisherigen Phase des Oslo-Prozesses. Das Bantustan-Konzept von Oslo beruhte zentral auf der Annahme, dass die palästinensische Behörde unter Vorsitz von Jassir Arafat die Aufgabe erfüllen würde, jede Opposition zu diesem Plan zu unterdrücken. Damit sollte die palästinensische Nationalbewegung abgeschafft und eine «Kurdisierung der Palästinenserfrage» erreicht werden, um den von Azmi Bishara geprägten Begriff zu zitieren. Diese Annahme hat sich als falsch erwiesen. Mit der Nach-Oslo-Ära kehrt Israel zu einer neuen Form von direkter Kolonialherrschaft zurück.

Ich nehme an, langfristig will die israelische Regierung den Druck auf die Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung erhöhen, um sie zum Verlassen des Lan-

des zu drängen. Strebt die Regierung den Transfer an, ohne dies beim Namen zu nennen?

Alle israelischen Regierungen, der Likud-Block ebenso wie die Arbeitspartei, haben mit ihrer Politik immer versucht, den PalästinenserInnen das Leben so unerträglich zu machen, dass sie entweder ihren Widerstand aufgeben oder das Land verlassen. Dennoch hat Sharon seinen Plan, die «stürmischen Umstände» des geplanten «großen Schlags» für die Massenvertreibung der PalästinenserInnen zu nutzen, nie öffentlich angekündigt. Bis vor rund zwei Jahren wurde der ausdrückliche Ruf nach «Transfer» als «barbarische» Vorstellung betrachtet, die nur in marginalen Kreisen akzeptiert war. Das ist heute anders.

Die vorherrschende Definition von «jüdischem Staat» ist die einer zahlenmäßigen jüdischen Mehrheit, die als notwendige Voraussetzung für den Erhalt der «jüdischen Identität» Israels angesehen wird. Im Fall veränderter Mehrheitsverhältnisse sei die Identität des gesamten jüdischen Volk bedroht. Diese Interpretation führt ihre AnhängerInnen und selbst jene Kräfte der zionistischen «Linken», die ernsthaft an eine Zweistaatenlösung glauben, zwangsläufig zur Unterstützung einer Politik, die durch verschiedene Unterdrückungsmassnahmen die «demographische Gefahr» einer palästinensischen Mehrheit bekämpfen will. Selbst «unvermeidliche» ethnische Säuberungen werden dabei nicht ausgeschlossen, wie jüngste Artikel des israelischen «Friedensaktivisten» und Schriftstellers Amoz Oz oder des Historikers Benny Morris belegen.

Was für potenzielle Verbündete gibt es langfristig auf der Suche nach einer wirklichen Alternative? Gibt es politische Bewegungen oder Organisationen, die für eine solche Perspektive gewonnen werden können?

Gegenwärtig gibt es keine politischen Kräfte unter der jüdischen Bevölkerung in Israel, die den Kampf gegen die US-israelischen imperialistischen Pläne führen könnten. Es gibt nicht nur keinen Unterschied zwischen der neoliberalen Ideologie der Rechten und der so genannten Linken, sondern letztere haben sich gerade die für die Oslo-Politik verantwortliche Arbeitspartei zur politischen Heimat erwählt. Der Zionismus, in dessen Zentrum das Konzept des jüdischen Staats steht, ist in Israel die vorherrschende Ideologie. Er hat sich als wirksames Instrument erwiesen, die jüdische Bevölkerung einschliesslich der ArbeiterInnen-

klasse hinter dem von Anfang an bis heute kolonialistischen Projekt des Zionismus zusammenschweissen.

Die israelische ArbeiterInnenklasse ist entlang nationaler und ethnischer Grenzen gespalten. Die Mizrahim-Juden/Jüdinnen, die (zusammen mit den palästinensischen BürgerInnen Israels) die Mehrheit der einfachen Schichten des Proletariats ausmachen, verfügen über keine unabhängige Organisation, die ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Unterdrückung Ausdruck verleihen würde.

Das Friedenslager setzt sich mehrheitlich aus Angehörigen des zionistischen Mittelstands zusammen, deren Kampf für ein «Ende der Besatzung» und die Errichtung eines palästinensischen Staates (in seinen unterschiedlichen Auslegungen) im Allgemeinen losgelöst von jedem Kontext ist. Er ist weder in eine umfassende antiimperialistische Perspektive eingebunden, noch wird Israel als Klientelstaat der USA in der Region analysiert oder die USA als Hauptstütze der israelischen Besatzung verstanden und bekämpft. Diese «Linken» sprechen sich auch nicht gegen die kapitalistische Globalisierung und die neoliberale israelische Wirtschaftspolitik aus.

Welche Rolle spielen die PalästinenserInnen mit israelischer Staatsbürgerschaft? Welchen Platz haben sie im Kampf für eine Alternative?

Zweifellos wurde von den PalästinenserInnen in Israel eine zweite Front gegen die zionistische Durchsetzung eines Apartheidsregimes im gesamten historischen Palästina eröffnet. Sie könnte sich als ebenso wichtig erweisen wie der Kampf der PalästinenserInnen in den 1967 besetzten Gebieten. Daher komme ich zum Schluss, dass antizionistische InternationalistInnen und SozialistInnen in der jüdischen Bevölkerung diese wachsende, authentisch-nationalistische Strömung unter den palästinensischen BürgerInnen Israels unterstützen sollten. Ihre Mitglieder vertreten weder eine Klassenpolitik noch ein sozialistisches Programm für ein zukünftiges Palästina. Doch ihr Nationalismus sollte am einzigen Kriterium gemessen werden, nach dem wahre InternationalistInnen beurteilen sollten, ob eine Nationalbewegung fortschrittlich ist oder nicht, nämlich ob sie den Imperialismus in Frage stellt – was in Israel/Palästina gleichzusetzen ist mit dem Kampf gegen das zionistische Projekt. Aijaz Ahmed schreibt in seinem Buch «Lineages of the Present»: «Ich war lange sehr reserviert gegenüber dem Nationalismus, da mir viele Nationalisten als zumindest sehr chauvinistisch, wenn nicht

Infos im Netz

SoAL/Solidarität geht ab Mitte Mai unter www.soal.ch ins Netz. Die Website soll eine Ergänzung zu unserem Bulletin sein, aktuell über Ereignisse und unsere Aktivitäten informieren, unsere Arbeit in der Vergangenheit dokumentieren und Hintergrundtexte zum Runterladen anbieten. Links zu aktuellen Fragen und anderen Politgruppen sind ebenfalls vorgesehen.

Täglich neue Infos über Palästina:

www.alternativenews.org: das Alternative Information Center in Jerusalem erneuert seine Berichte täglich. Die Adresse bietet vor allem Kommentare von fortschrittlichen Gruppen in Israel

www.haaretzdaily.com: Ha'aretz ist eine bürgerlich-liberale, regierungskritische Zeitung in Israel, die in ihrer Online-Ausgabe stündlich über die Ereignisse in Palästina/Israel informiert; auf der Website findet man offizielle Stellungnahmen der Regierung, Infos über die Militäroperationen, Meinungsäußerungen der israelischen Öffentlichkeit etc.

www.jerusalem.indymedia.org: bringt wie alle indymedia-Websites viele Berichte von AktivistInnen vor allem aus Israel

Politische Kommentare und Hintergrundinfos zu Palästina gibt es bei

www.badil.org: die Website ist spezialisiert auf die Frage der palästinensischen Flüchtlinge; badil verschickt auch aktuelle Hintergrundinfos per Mail (Anfrage unter info@badil.org)

www.between-lines.org: monatliche Zeitschrift antizionistischer Israelis und PalästinenserInnen (u.a. Tikva Honig Parnass, siehe Interview)

www.urgencepalestine.ch: Genfer Solidaritätskomitee mit Aktionen und Friedensmissionen

www.lawsociety.org und www.pchrgaza.org: Berichte palästinensischer Menschenrechtsorganisationen; vor allem das Palestinian Center for Human Rights berichtet auch kritisch über die palästinensische Verwaltung

rundweg faschistisch vorkommen. Doch mit der völligen Missachtung aller Nationalismen wird die Frage des Imperialismus tendenziell übersehen. Ich glaube, dass diejenigen, die gegen den Imperialismus kämpfen, ihren Nationalismus nicht einfach übergehen können.»

Tikva Honig Parnass ist Mitherausgeberin der Monatszeitschrift Between the Lines. Das vollständige Interview erscheint in der Mai-Ausgabe von Inprekorr. Die Fragen stellte Daniel Berger (Inprekorr und Avanti). Die ungekürzte Fassung kann auf unserer Webseite nachgelesen werden.

Free Mumia

Ende März war Steve Bloom auf Einladung von SoAL/Solidarität in Basel, um über die Solidaritätskampagne mit Mumia Abu Jamal, einem schwarzen Journalisten und ehemaligen Black Panther-Aktivisten, zu berichten. Wir stellten Steve Fragen über die Verbindung der Mumia-Kampagne mit Mobilisierungen gegen die Todesstrafe und die politische Bedeutung des Repressionsapparates in den USA.



Ist eure Kampagne gegen Mumias Verurteilung auch eine generelle Kampagne gegen die Todesstrafe?

Die Mumia-AktivistInnen verstehen sich als Teil der Bewegung gegen die Todesstrafe. Aber nicht alle, die gegen die Todesstrafe sind, beteiligen sich an der Kampagne für Mumia, da herrschende Kreise in den USA versucht haben, Mumia als Linksextremisten zu isolieren.

Ist es normal, dass der Staat in den USA die Oppositionellen umbringt?

Ich würde nicht sagen normal, aber es passierte immer wieder in der Geschichte der USA. Im 19. Jahrhundert wurden Leute wie Joe Hill, Sacco und Vanzetti umgebracht, weil sie politisch aktiv waren. Die Morde wurden immer als Strafe für kriminelle Taten hingestellt. Dies galt auch für die Black Panthers, die systematisch kriminalisiert wurden. Zu dieser Zeit gab es in den USA keine Todesstrafe. Trotzdem wurden viele Black Panthers umgebracht oder ins Gefängnis gesteckt.

Was sagt der Fall von Mumia über die Repression in den USA aus?

Das Strafsystem in den USA wird gegen politische AktivistInnen, gegen Arme und gegen Farbige wie beispielsweise die schwarzen Hispanos etc. eingesetzt. Im Fall von Mumia vermischt sich die Frage der Todesstrafe mit der der Polizeigewalt. Polizeigewalt ist eine der wichtigsten Formen der Repression gegen Farbige. Tatsache ist, dass in den USA noch nie ein Reicher zum Tode verurteilt wurde. Im Fall Mumia fallen alle wichtigen Aspekte zusammen, denen arbeitende, nicht weisse, arme und politisch aktive Menschen im Strafsystem begegnen.

An der Veranstaltung hast du erwähnt, wie massiv das amerikanische Repressionssystem ist.

Schon bevor der «Krieg gegen Terrorismus» ein zentrales Thema in der USA war, gab es den «Krieg gegen Kriminalität». Die Angst vor Kriminalität wurde schon länger für die Rechtfertigung von riesigen Budgets zum Ausbau von Gefängnissen und Polizei und für immer härtere Urteile gebraucht. Es war eine Methode, um die soziale Kontrolle über das Leben und Denken der Menschen auszubauen. In Kalifornien zum Beispiel ist das Budget für Gefängnisse grösser als das Budget für höhere Schulen. Während massive Sparmassnahmen im Erziehungssystem durchgesetzt wurden, stiegen die Ausgaben für Gefängnisse. In den USA, einem Land, in dem nur 5 Prozent der Weltbevölkerung leben, befinden sich 25 Prozent aller Gefangenen weltweit. Der Anteil von GefängnisinsassInnen ist höher als in Südafrika zu Zeiten der Apartheid. Es wurde ein Kontrollsystem speziell in den schwarzen Quartieren aufgebaut und die Polizeipräsenz verstärkt.

Wie haben die Ereignisse vom 11. September die Mumia-Kampagne beeinflusst?

Eine deutliche Verschlechterung ist nicht festzustellen. Die Bewegung konnte sich gegen die Kampagne der Regierung behaupten. Versuche, die Solidaritätsbewegung mit Mumia, aber auch die Anti-Kriegsbewegung zu diskreditieren, waren nicht erfolgreich. Obwohl 90 Prozent der Bevölkerung den Krieg befürworten, sind sie zum Dialog mit uns bereit. Das ist eine ganz andere Stimmung als zu Beginn des Vietnam-Krieges, wo alle damit einverstanden waren, dass es nur die Wahl zwischen Kommunismus und Krieg gibt. Wenn du gegen den Vietnam-Krieg warst, wurdest du angegriffen, und niemand hat mit dir diskutiert. Das ist heute anders.

Steve Bloom ist Aktivist von Solidarity, der Vierten Internationale und der Mumia-Kampagne in New York.

Bewegung für den Sozialismus Wir sind nicht dabei!

Im März hat sich die «Bewegung für den Sozialismus» (BfS/MpS) der Presse vorgestellt und mittelfristig die Gründung einer neuen Partei angekündigt. An der BfS sind auch ehemalige SoAL/Solidaritäts-Mitglieder beteiligt. Um allfälligen Missverständnissen vorzubeugen: Wir machen bei diesem Projekt nicht mit. Leider konnten wir nicht verhindern, dass die ehemaligen Mitglieder bei ihrem Austritt die Adresskartei mitgenommen haben, wofür wir uns bei unseren SympathisantInnen und LeserInnen entschuldigen.

Die BfS/MpS gibt vor, aus Bewegungen wie Attac, Sans-Papiers, GSoA oder Gewerkschaften hervorzugehen, wo einzelne ihrer AktivistInnen tätig sind. In Wirklichkeit entspricht sie im Wesentlichen einer Kerngruppe rund um Charles-André Udry und seiner Zeitschrift A l'encontre, die bis vor kurzem noch unter der Bezeichnung solidaritéS Vaud aufgetreten ist. Die «UdryistInnen» versuchen, in der Öffentlichkeit insbesondere das positive Image von Attac zu nutzen, um sich bedeutender zu geben, als sie sind. Dabei versuchen sie, unabhängige kritische Kräfte möglichst aus Attac auszugrenzen. Von einem instrumentellen Verhältnis zu politischen Bewegungen zeugen auch Versuche, sich über Veranstaltungen zu aktuellen Themen (zur Zeit Palästina, Argentinien) zu profilieren, ohne in den entsprechenden Solidaritätsbewegungen mitzumachen oder Aktionsbündnisse mit diesen zu suchen. AktivistInnen, die sich dem Einfluss der BfS/MpS entziehen oder sich gegen ihre Vereinnahmungstendenzen wehren, sind insbesondere in der Romandie massiven Verunglimpfungen und Einschüchterungsversuchen ausgesetzt. Auch in Basel sind wir davon nicht ganz verschont geblieben.

Trotz der gemeinsamen politischen Vergangenheit haben wir gegenüber den «UdryistInnen» schon seit längerem Vorbehalte. Die Wortführer der BfS haben sich bei Themen wie Ökologie und Feminismus als wenig erneuerungsfähig erwiesen. Zudem lehnen wir ihr autoritäres, manipulatives Politikverständnis ab und haben nach arroganten Einmischungsversuchen von Charles-André Udry die Zusammenarbeit mit diesem beendet.

Wir werden dem Ideal einer emanzipatorischen, selbstbestimmten Gesellschaft nur näherkommen, wenn es gelingt, auch in der politischen Praxis diesen Ansprüchen gerecht zu werden. Als SoAL/Solidarität legen wir daher Wert auf ein Klima, in dem sich alle Beteiligten trotz unterschiedlicher politischer Erfahrung und Möglichkeiten gleichberechtigt einbringen können. Nur in einem solchen Umfeld ist es möglich, linke Politik als lebendige Theorie und Praxis kritisch weiterzuentwickeln und einer sozialistischen Vision zu neuer Glaubwürdigkeit zu verhelfen.

Nein zur Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung!

Diesem Bulletin liegt ein Unterschriftenbogen für das Referendum gegen die Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) bei. SoAL/Solidarität unterstützt das Referendum gegen diesen neuerlichen Vorstoss von Regierung und Parlament, die Leistungen für Erwerbslose massiv zu verschlechtern. Weitere Unterschriftenbögen können auf der Website des Komitees unter www.come-dia.ch/komitee/deutsch/revision/bogen_d.pdf abgerufen werden. Rücksendung der Unterschriften bis 25. Mai 2002!

Die marxistische Monatszeitschrift Internationalistisch! Engagiert!



www.inprekorr.de

Jahresabo 65.- / Einzelnummer 5.- Fr.
Bestellungen und Gratis-Probenummer:
INPREKORR, Güterstrasse 122
4053 Basel, e-mail: udi2@bluewin.ch

Impressum

Herausgeberin:
SoAL/Solidarität, Postfach 4070
4002 Basel, PC 40-11638-2
soal.solidaritaet@bluewin.ch

Unverschämt flexibel

Die Initiative «Fir en offe Basel» will die Ladenschlusszeiten in Basel-Stadt generell abschaffen. Für das Verkaufspersonal hätte dies gravierende Auswirkungen. Deshalb sind alle aufgerufen, sich gegen die Vorlage zu engagieren.

Die kantonale Initiative zur Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten kommt voraussichtlich diesen Herbst zur Abstimmung. «Fir en offe Basel» will die bestehenden Ladenschlussbestimmungen ganz aus dem Gesetz streichen. Dies hätte zur Folge, dass die Läden werktags bis 23 Uhr offen halten könnten, da das schweizerische Arbeitsgesetz erst ab diesem Zeitpunkt Einschränkungen vorsieht.

Gemäss der heute bestehenden Regelung können die Ladenöffnungszeiten von 18.30 auf 19.00 Uhr und einmal pro Woche auf 21.00 Uhr verschoben werden, wenn das Einverständnis der sogenannten Sozialpartner vorliegt. Bisher knüpften die VerkäuferInnen ihre Zustimmung an die Gewährung gewisser Kompensationen. Der Regierungsrat lehnt die Stossrichtung der Initiative nicht grundsätzlich ab, sie nehme aber «zu wenig Rücksicht auf sozialpolitische Anliegen und die bestehende Sozialpartnerschaft». Deshalb hat er einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, der zur Zeit in Vernehmlassung ist. Er würde dem Regierungsrat die Kompetenz geben, die Öffnungszeiten in Basel weiter auszuweiten. Ausserdem stehen zwei Varianten zur Diskussion: Bei der ersten ist die Ausdehnung der Öffnungszeiten nur möglich, wenn auf ArbeitnehmerInnen- und ArbeitgeberInnenseite jeweils die Mehrheit der Betroffenen zustimmt. Die zweite Variante begnügt sich mit einer vorgängigen Anhörung.

Der Regierungsrat tendiert also in die gleiche Richtung wie die Initiative und rüttelt insbesondere in der zweiten Variante an der Mitbestimmung der VerkäuferInnen. Dazu passt, dass er kürzlich die Verordnung zum Ruhetags- und Ladenschlussgesetz revidiert hat, um Geschäften wie dem Shopping-Center St. Jakob-Park längere Öffnungszeiten zu ermöglichen. Die Anliegen der Gewerkschaften werden dabei mit dem altbekannten Argument der Konkurrenzfähigkeit gegenüber Nachbarstandorten gekontert.

Schlechtere Lebensqualität

Für das Verkaufspersonal bringen Initiative und Gegenvorschlag empfindliche Nachteile. 80 bis 90 Prozent der Betroffenen lehnen die Verlängerung der Öffnungszeiten deshalb ab. Der Verkauf gehört schon heute zu den Branchen mit den schlechtesten Arbeitsbedingungen mit tiefen Löhnen, Flexibilität, Arbeit auf Abruf usw. Betroffen sind vor allem Frauen – in Basel viele Elsässerinnen. Nach Annahme der Initiative würde ihnen das Arbeitsgesetz allein zu wenig Schutz bieten. Die Grossverteiler wehren sich schon heute gegen Abgeltungen für die Abendarbeit. Zudem wäre

mit weiteren Ausnahmegewilligungen für Sonntagsarbeit zu rechnen.

Die VerkäuferInnen müssen nach Ladenschluss oft unbezahlte Aufräumarbeiten erledigen. Bis sie zu Hause sind, liegt bei verlängerten Öffnungszeiten kaum mehr ein richtiger Feierabend drin. Abend- und Sonntagsarbeit sowie flexibilisierte Anstellungsbedingungen behindern das Familienleben und verursachen vor allem für Alleinerziehende kaum zu lösende Betreuungprobleme. Aber auch das übrige Sozialleben wird schwieriger: Wer Abendschichten übernehmen muss, hat Mühe, die Freizeit zu planen, Abende mit anderen zu verbringen oder in einem Verein aktiv zu sein.

Von der Initiative wären nicht nur die ca. 10'000 im Verkauf Angestellten betroffen. Auch andere Berufs-

gruppen würden in den Sog der verlängerten Öffnungszeiten geraten: Zulieferfir-

Nein zu längeren Ladenöffnungszeiten

men von Frischprodukten, Angestellte des öffentlichen Verkehrs und mit der Zeit wohl auch jene von Poststellen, Banken und Verwaltungen.

Keine neuen Arbeitsplätze

Studien zeigen, dass längere Ladenöffnungszeiten insgesamt nicht mehr Arbeitsplätze bringen. Es findet vielmehr eine Verlagerung von den Aussenquartieren in die Innenstadt sowie von den kleinen zu den grossen Geschäften statt. Insbesondere Quartier-Familienläden, die bereits längere Öffnungszeiten kennen, geraten vermehrt unter Druck der Grossanbieter. Die Initiative ist schon aus Solidarität mit dem Verkaufspersonal abzulehnen. Sie bietet darüber hinaus aber auch kein taugliches Modell für die Belebung der Innenstadt, wie dies gerne behauptet wird. Eine lebendige Stadt hat weniger mit Einkaufszeiten als vielmehr mit der räumlichen Verteilung von Wohn- und Arbeitsorten, kulturellem Leben, Begegnungsplätzen und Freiräumen zu tun.

Weitere Infos: Komitee gegen verlängerte Ladenöffnungszeiten, Rebgasse 1, 4005 Basel

P.P.
4002 Basel

Revolution?

Zu schade für den Mottenschrank!

Wo setzen wir an, wenn wir eine grundlegend andere Gesellschaft wollen? SoAL/Solidarität lädt im Herbst an sechs Abenden zur Diskussion über konkrete Ansätze, die Welt grundlegend zu verändern.

Spätestens seit den 90er Jahren sind linke Konzepte in einer offenen Krise und werden gerne als überholt bezeichnet. Der Anspruch auf eine solidarische Gesellschaft ohne Krieg, Ausbeutung, Diskriminierung, Umweltzerstörung, Frauenunterdrückung, Rassismus, Armut und Elend ist dennoch aktuell. In den letzten Jahren erwacht sogar ein neues Interesse an radikal kapitalismuskritischen Ansätzen.

SoAL/Solidarität versteht sich als Teil des revolutionär-sozialistischen Spektrums. Wir sehen den Ausgangspunkt für eine Alternative zur kapitalistischen und patriarchalen Gesellschaft mit all ihren verheerenden Folgen im radikalen Bruch mit den bestehenden Verhältnissen. Denn wir glauben nicht, dass Kapitalismus und Patriarchat durch Reformen in eine solidarische Gesellschaft münden können. Wir wollen die Vision einer sozialistischen Gesellschaft verwirklichen, auch wenn wir darunter kein fertiges Rezept verstehen, sondern eine permanente Entwicklung. Wir sehen die Notwendigkeit, schon heute nach Möglichkeiten zu suchen, Aspekte eines befreiten Lebens vorwegzunehmen. Wir finden es wichtig, im kollektiven Rahmen konkrete Erfahrungen mit gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu diskutieren, um diese in eine politische Praxis einfließen zu lassen.

An den sechs Abenden möchten wir die Grundlagen dieses politischen Ansatzes vorstellen und zur Diskussion darüber einladen. Der Zyklus soll auch die Möglichkeit bieten, SoAL/Solidarität kennenzulernen. Zur Vorbereitung stellen wir einen Reader mit Texten zusammen, die an den Abenden als Ausgangspunkt für die Diskussion dienen sollen.



Wie jedes Jahr treffen sich mehrere hundert Jugendliche aus Europa und der Welt im Sommer für eine Woche am internationalistischen Jugendcamp. Das Motto lautet dieses Jahr: «Das ist nicht unsere Globalisierung – bauen wir eine andere Welt auf!» Eine Woche lang gibt es die Möglichkeit, sich in Workshops und Forumsveranstaltungen mit Fragen rund um die neoliberale Globalisierung und Möglichkeiten revolutionärer Jugendarbeit zu befassen. Das Camp findet dieses Jahr wieder in Frankreich im Massif Central statt; die Kosten betragen voraussichtlich rund 100 Euro.

Das Programm wurde von Jugendlichen vorbereitet. Vor Ort sind auch alle anderen TeilnehmerInnen gefragt, sich an der Gestaltung des Ablaufs (inhaltliche Teile, Feste, Austausch, Übersetzung, aber auch die praktischen Arbeiten) zu beteiligen.

Das Camp bietet eine einzigartige Gelegenheit, sich mit anderen Jugendlichen aus verschiedenen Ländern über die eigenen Aktivitäten auszutauschen, aber auch gemeinsam zu festem.

Sozialistisches Forum Forum socialiste Nr. 2

Am 15./16. Juni organisiert SoAL/Solidarität gemeinsam mit SolidaritéS Genf und Neuchâtel sowie AktivistInnen anderer Städte zum zweiten Mal dieses Jahr ein Diskussionswochenende. «Wie wird eine andere Welt möglich?» ist das diesmalige Thema. Michael Löwy (LCR, Frankreich) wird über die Dynamik der sozialen Kämpfe und die Globalisierungskritik in Lateinamerika einleiten, Flavia d'Angeli (PRC und Genua Social Forum, Italien) über die Entwicklung der Kämpfe in Italien berichten. In Arbeitsgruppen wollen wir dann Fragen nachgehen wie: Ist die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung Subjekt einer radikalen Gesellschaftsveränderung? Wie wird das Projekt einer sozialistischen und feministischen Alternative wieder glaubwürdig? Welchen Beitrag zum Aufbau einer neuen revolutionären Kraft leisten die Proteste in Lateinamerika und Italien? InteressentInnen sind eingeladen, mit uns Kontakt aufzunehmen.

Kontakt

Nähere Infos zu allen angegebenen Veranstaltungen gibt es über SoAL/Solidarität, Postfach 4070, 4002 Basel, soal.solidaritaet@bluemail.ch.